

Niederschrift SOZ/018/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 31.01.2024

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied (bis 18:38 Uhr - TOP 12)
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (ab 17:04 Uhr - TOP 1)
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Susanne Bien-Ahrens		Vertretung für Herrn Johannes-Michael Bögge
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Frau Birgitt Overesch
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Frau Simone Berkmann

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
-----------------------------	--	--

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Sie informiert, dass die gestrige Kundgebung „Rheine bleibt bunt“ ein deutliches Zeichen für die Demokratie in Rheine gewesen sei. Gleichzeitig habe der Integrationsrat in seiner Sitzung seinen neuen Vorsitzenden, Herrn Manoharan Murali, sowie mit Frau Soledade Rodrigues eine neue zweite stellv. Vorsitzende gewählt.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/017/2023 über die öffentliche Sitzung am 7. November 2023

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die eingestellten Informationen. Er trägt einige Zahlen aus dem Lagebild der Ukraine/Geflüchtete vor (*nachstehend abgebildet*). Er sei froh, dass vor vier Jahren gemeinsam die Regelung getroffen worden sei, eine gewisse Anzahl an Plätzen freihalten zu können. Ansonsten hätte wahrscheinlich schon die erste Turnhalle in Anspruch genommen werden müssen.

Lagebild Ukraine/Geflüchtete 04/2024 vom 31.01.2024

	Thema	Anzahl	Entwicklung seit letzter Meldung
+++ UKRAINE +++			
1a	Personen aus der Ukraine – <u>privat</u> oder städtisch untergebracht	724 Erwachsene: 425 Kinder: 299	+/- 0
2	Personen Ukraine – durch Ausländerbehörde registriert	1.696	+ 10
3	SGB II – Personen aus Ukraine im Hilfebezug	617 Personen	+ 48 Stand: 10.01.24 (nächste Aktualisierung Februar)
4	SGB XII – Personen aus Ukraine im Hilfebezug	58 Personen	+/- 0 Stand: 31.01.24
+++ FLÜCHTLINGE +++			
5a	Formelle Zuweisungen durch die Bezirksregierung Arnsberg	FlüAG-Erfüllungsquote: 92,04 % -105 Personen Stand: 26.01.24	Anrechnungsquote: Ist: 1.209 Personen <i>Soll: 1.314 Personen</i>
5b	Aufnahmeverpflichtung gemäß Wohnsitzauflage	Erfüllungsquote 76,87 % - 177 Personen Stand: 28.01.24	Anrechnungsquote: Ist: 589 Personen <i>Soll: 766 Personen</i>
5c	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Erfüllungsquote: 98,8 % 0 Person(en) Stand: 30.01.24	Anrechnungsquote: Ist: 42 Personen <i>Soll: 42 Personen</i>

6a	Tatsächliche Neuzuweisungen nach FlüAG / Januar 2024	13 Person(en) Stand 31.01.24	+/- 0
6b	Tatsächliche Neuzuweisungen nach Wohnsitzauflage / Januar 2024	30 Personen Stand 31.01.24	+/- 0
6c	Belegte Plätze in städtischen Wohnunterkünften – Flüchtlinge <i>(dargestellt wird nur die Gesamtsumme, nicht die Bewegung durch Ein- und Auszüge)</i>	625 Plätze Stand 31.01.24	+ 2
6d	Freie Plätze in städtischen Wohnunterkünften – Flüchtlinge	162 Plätze Stand 31.01.24	-2 rechnerische Aufnahmeverpflichtung aktuell 282 Personen
+++Unterbringung obdachlose Familien/Alleinerziehende Elternteile mit minderjährigen Kindern+++			
7	Familien/Elternteile	7 (24 Personen)	+/- 0

Auf die Frage von Frau Abakar-Kadade nennt Herr Gausmann zur Information zu den neuen Regelsätzen im Bürgergeld die Bedeutungen für die in der Tabelle stehenden Abkürzungen: HV = Haushaltsvorstand, HA – Haushaltsangerhörige/-angehöriger, OFW = Ohne festen Wohnsitz

Auf die Fragen von Frau Floyd-Wenke zu dem Informationspunkt „Treffpunkt Bank“ antwortet Herr Gausmann, dass noch nicht festgelegt worden sei, welche Bänke im Stadtgebiet dafür verwendet würden. Interessierte Personen aus dem Seniorenbeirat sowie weitere Personen hätten sich für das Projekt gemeldet. Die Schulung soll den ehrenamtlichen Personen aufzeigen, worauf sie sich einlassen und wie sie mit den auf sie zukommenden Personen ein Gespräch führen können, ohne aus Mitleid in die Sprachlosigkeit zu verfallen. Und sie würden erfahren, an welche Institutionen sie eine Person bei einer Problemlage weitervermitteln könnten. Feste Gesprächszeiten seien wichtig, damit einsame Personen wüssten, wann und wo für sie ein Gesprächspartner/eine Gesprächspartnerin zur Verfügung stehen würde.

Frau Floyd-Wenke äußert, dass die Ehrenamtlichen mit der Gesprächsführung ein bisschen überfordert sein könnten, da es sich auch um sozialpädagogische Arbeit handeln würde.

Herr Gausmann erwidert, dass er die Anregung von Frau Lücke, das Projekt „Taschengeldbörse“ auch über die Newsletter der Stadt Rheine zu bewerben, aufnehmen werde.

Herr Hewing bezeichnet das Projekt „Treffpunkt Bank“ als gut und kommentiert dazu, dass ein einsamer Mensch, der sich auf so eine Bank setzen würde, sich auch zu erkennen geben würde. Er glaubt, dass das für einige Menschen ein Problem sein könnte.

Auf die Frage von Herrn Hewing, welches Projekt der Jugendkunstschule mit den Mitteln des Stärkungspaktes NRW gefördert worden sei, antwortet Herr Gausmann, dass er den Projektanfragen nachreichen werde.

Auf die weitere Frage von Herrn Hewing antwortet Frau Wiggers, dass die Gesamtkosten für die Schulung der Ehrenamtlichen zwischen 1.000,00 und 1.500,00 Euro gelegen hätten.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt bezüglich Folgekosten antwortet Herr Gausmann, dass beabsichtigt sei, die Ehrenamtlichen regelmäßig einzuladen, damit sie über ihre Erfahrungen berichten können. Es werde Nachschulungsbedarfe sowie eventuelle Projekterweiterungen geben, was Migrationshintergründe betreffen würde.

Auf die Frage von Frau Abakar-Kadade, wie die Senioren über die Taschengeldbörse informiert würden, benennen Herr Gausmann und Frau Niedoba diverse „Kanäle“.

Frau Dursun äußert, dass sie es als Sozialpädagogin gutheiße, wenn quereinsteigende und ehrenamtliche Personen die Aufgaben beim „Treffpunkt Bank“ übernehmen würden, genauso wie bei den quereinsteigenden Personen in der Schule als Integrations- oder Alltagshelferinnen und -helfer. Bei Problemen könnten sie sich Unterstützung bei ihren Betreuerinnen oder Trägern holen. Die Netzwerke in Rheine würden gut funktionieren. Sie werde das Projekt im Integrationsrat vortragen, damit die dortigen Multiplikatoren das in ihre Vereine weiterverbreiten würden.

In diversen Wortmeldungen wird der Verwaltung gedankt, weil sie ihre Informationen vorab und ausführlich mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellt hat.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Ellen Knoop berichtet als Vorsitzende des Vereins Leben und Wohnen e. V., dass dank des intensiven Austausches ihres Vereins in der vergangenen Zeit mit Herrn Minister Laumann sie die Information bekommen habe, dass am 25. Januar 2024 ein Gespräch zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Caritasverband Rheine und der Verwaltung der Stadt Rheine zum Thema „Wohnen für Menschen mit Behinderung“ stattgefunden hätte. Sie fragt nach dem Ergebnis des Gespräches.

Herr Gausmann bestätigt, dass das Gespräch stattgefunden habe. Der Verein Leben und Wohnen e. V. werde ein Schreiben mit dem Gesprächsergebnis bekommen. Die offizielle Sprachregelung lautet, dass sie sich im März 2024 wieder zusammensetzen würden, um zu versuchen, die aufgeworfenen Fragestellungen zu klären.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dr. Hovestadt bezieht sich auf die gestrige Sitzung des Integrationsrates, in der Herr Murali als Vorsitzender und Frau Rodrigues als zweite stellvertretende Vorsitzende gewählt worden seien. Frau Dursun bleibe weiterhin die erste stellvertretende Vorsitzende.

Frau Dursun berichtet, dass aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Kundgebung „Rheine bleibt bunt“, alle anderen Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung vertagt worden seien.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass die erste von zwei Sitzungen am 13. Dezember 2023 stattgefunden habe. Das Hauptthema sei Wohnraum für Menschen mit Behinderung gewesen. Dazu verweise er auf die öffentliche Niederschrift der Beiratssitzung und den heutigen Tagesordnungspunkt 9.

Ebenfalls habe die Behindertenkoordinatorin, Frau Raade, in der Sitzung über die Familien-App berichtet. Die App würde weitestgehend barrierefrei sein, einen Teil in leichter Sprache enthalten und weiter ausgebaut werden.

Am 16. April 2024 um 17:00 Uhr werde in diesem Raum eine zweite Veranstaltung „Wohnräume für Menschen mit Behinderung“ mit Leistungsträgern stattfinden. Er lade jeweils eine Fraktionsvertretung pro Partei dazu ein.

Die zweite Beiratssitzung habe am 29. Januar 2024 stattgefunden. Frau Althaus habe ihre Aufgaben als Verfahrenslotsin vorgestellt. Kinder mit Behinderung von der Frühhestförderung bis maximal in Einzelfällen 27 Jahren könnten bei der Erstellung eines Antrages und auch eines Widerspruches von einer Verfahrenslotsin/einem Verfahrenslotsen begleitet werden; sogar schon, wenn während der Schwangerschaft eine Behinderung festgestellt werden würde.

Der Beirat für Menschen mit Behinderung habe Stellungnahmen bezüglich der Barrierefreiheit für den Bernburgplatz erstellt, deren Bauarbeiten alsbald beginnen würden.

Herr Meier fasst weitere Punkte von den beiden stattgefundenen Sitzungen des Beirates für Menschen mit Behinderungen zusammen. Das barrierefreie Konzept der Elsa-Brändström-Realschule sei dem Beirat erklärt worden. Die Architekten der Stadtverwaltung hätten an alles gedacht. Erklärt worden sei z. B., wie mobilitätseingeschränkte Menschen im Brandfall durch die Treppenhäuser evakuiert werden könnten. Da die Architektin seine Behinderung kennen würde, habe sie für ihn ein detailgetreues Modell der Schule mitgebracht, welches er mit seinen Fingern habe ertasten können.

Der Beirat habe sich zudem mit der Planung von Bodenindikatoren zur Leitung von Menschen mit Sehbehinderung am Staelschen Hof beschäftigt.

Der Arbeitskreis „Barrierefreie Mittel“, dem auch Mitarbeitende aus den Fachbereichen Hochbau, Tiefbau und Gebäudemanagement angehören würden, entscheide, für welche Maßnahmen die barrierefreien Mittel des Beirates verwendet würden. Unter anderem werde die „Toilette für alle“ aus dem Budget finanziert. Am 14. Dezember 2023 habe der Arbeitskreis zuletzt getagt. In Planung sei ein Geländer für eine Außentreppe im Kloster Bentlage. Bei der Turnhalle des Kopernikus-Gymnasiums solle der Vorplatz noch etwas angepasst werden. Aus den ursprünglich eingeplanten 20.000,00 Euro für das Nonnenpädken in Elte seien mittlerweile 80.000,00 Euro geworden, da ein Bach für topographische Probleme gesorgt hätte. Nun würde auch für mobilitätseingeschränkte Menschen mit Rollatoren oder Rollstühlen ein schöner Weg entstehen.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es teilt mit, dass die letzte Sitzung des Seniorenbeirates am 29. November 2023 stattgefunden habe. Zu dem Hauptthema „Den Tod ins Leben lassen“, seien die aktuellen Veränderungen der Bestattungskulturen besprochen worden. Die erste Veranstaltung dazu sei für den 16. Februar 2024 in der Familienbildungsstätte geplant und weitere würden im Laufe des Jahres folgen. Im Anschluss an die Beiratssitzung habe ein Workshop „Sozialbericht Senioren“ mit den Mitgliedern des Beirates stattgefunden.

Die Seniorinnen und Senioren der Stadt Borne hätten den Wunsch geäußert, mehr Kontakt zu den verschiedenen Seniorenvereinen und dem Seniorenbeirat der Stadt Rheine zu bekommen. Sie seien am 10. Dezember 2023 zum ersten Mal beim Nikolausmarkt in Rheine gewesen. Hauptsächlich würde der Kontakt über die Städtepartnerschaft laufen.

Der Arbeitskreis „Wohnen im Alter“ habe den Wunsch, dass der Wohnungs-Verein Rheine auch für diese Generation etwas bauen würde.

Frau Dr. Hovestadt erwidert, dass der Seniorenbeirat als Anregung einen Antrag an den Rat stellen könne.

Frau van Es berichtet weiter, dass der Arbeitskreis „Kino“ bei der letzten Veranstaltung im Dezember 2023 Spenden in Höhe von 454,17 Euro gesammelt habe, die dem Kinderschutzbund übergeben worden seien.

Der Arbeitskreis „Einsamkeit“ plane gemeinsam mit dem Sozialpunkt eine Veranstaltung im Rahmen der Aktionswoche „Einsamkeit“ im Juni 2024.

Es habe ein Workshop zu den Schwerpunktthemen „Wohnen, Digitalisierung und soziale Teilhabe“ stattgefunden. Die Seniorenarbeit solle quartiersbezogen geplant werden, damit nicht immer dieselben Personen an den Veranstaltungen teilnehmen würden. Es solle ein niedrigschwelliges Beratungsnetzwerk aufgebaut werden, um Personen im Alter z. B. zu helfen, weiter in ihrem Haus zu wohnen oder ihnen beim Hausverkauf eine unabhängige Beratung anbieten zu können. Sie hofft, dass die Stadt Rheine ihre Unterstützung dazu anbieten würde.

Die nächste Sitzung des Seniorenbeirates werde am 26. Februar 2024 stattfinden.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bien-Ahrens informiert, dass der Familienbeirat sich am 12. Dezember 2023 mit anschließender Weihnachtsfeier und Nachtwächterführung getroffen habe. Nachfolgende Themen seien besprochen worden:

- Die Familien-App sei vorgestellt und unter Anleitung ausprobiert worden.
- Im Familienbeirat seien zwei Mitgliederplätze nicht besetzt. Ein Mann habe sein Interesse bekundet. Es werde bis zur nächsten Beiratssitzung gewartet, ob sich noch weitere Personen melden würden.
- Die Obstpressaktion im letzten Jahr hätten die Teilnehmenden für gut befunden. Für 2024 werde die Aktion in einem größeren Rahmen geplant.
- Ein generationsübergreifendes Singprojekt werde geplant.
- Zwei Personen würden sich um ein gemeinsames Projekt mit dem Seniorenbeirat kümmern.
- Zwei weitere Personen seien für den Betriebsausschuss Stadtkultur benannt worden.

8. Arbeits- und Projektplanung 2024 für den Sozialausschuss Vorlage: 040/24

Frau Dr. Hovestadt merkt an, dass im Laufe des Jahres vermutlich viele Themen hinzukommen würden. Bei einzelnen Sitzungen gebe es noch Platz für weitere Initiativen.

Herr Gausmann erklärt, da die Verwaltung noch nicht wisse, wann sie eine diskussionsfähige Vorlage zu dem Dreiklang des Sozialberichtes Senioren (*Wohnen, Digitalisierung und soziale Teilhabe*) zur Verfügung stellen könne, sei der Tagesordnungspunkt nicht abgebildet worden. Die Verwaltung habe in 2024 große Themen zu bearbeiten, wie z. B. die Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes“, das kommunale Integrationskonzept Mitte⁵¹ und die Berichte der Ausländerbehörde. Da die Personalressourcen in seinem Dezernat erschöpft seien, bitte er mit Anträgen für zusätzliche unterjährige Tagesordnungspunkte sparsam zu sein.

Geschätzt terminiert worden sei der TOP „Sprachkompetenzzentrum/Kommunale Bildungslandschaften“ für den 19. Juni 2024. Unter dem Blickwinkel von Migration und Integration gebe

es Personen, die trotz einer 10-jähriger Schulbesuchszeit immer noch nicht lesen und schreiben könnten. Da dies auch ein klassisches Bildungsthema sei, könne vielleicht über eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss nachgedacht werden, da Ressourcen aus beiden Bereichen zusammengenommen werden müssten.

Derzeit sei die Verwaltung dabei, das ISEK-Projekt (*Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept*) „Machbarkeitsstudie Stadtteilzentrum Schotthock“ zu entwickeln. Das Ergebnis solle im Laufe des Jahres fertig werden, so dass ein Zwischenbericht im Juni 2024 und das Ergebnis im November 2024 als integriertes Sozialprojekt vorgestellt werden könne.

Das aktuelle Thema „Wohnen für Menschen mit Behinderung“ werde zwischendurch immer mal wieder zur Beratung kommen.

Frau Lücke fragt, ob die Arbeits- und Projektplanung künftig im 4. Quartal für das darauffolgende Jahr eingestellt werden könne. Dann könne ihre Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen schauen, ob und für welche Themen sie Anträge platzieren wolle.

Ihre Fraktion fragt sich, wie es mit dem auslaufenden Projekt für Wohnungsnotfälle weitergehe und ob das hier ein Thema werden könne. Zu dem bereits angesprochenen laufenden Thema „Inklusion, Menschen mit Behinderung“ rege sie an, dieses für die nicht so volle Sitzung im September 2024 auf die Agenda zu nehmen sowie den aktuellen Stand zum Aktionsplan Inklusion und dem Ausblick auf das Wohnen aufzugreifen.

Auf die Frage von Frau Floyd-Wenke antwortet Herr Gausmann, dass der politische Workshop "Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes" für den 9. April 2024 um 17:00 Uhr terminiert worden sei, und die Einladung zeitnah an die Mitglieder der Begleitgruppe verschickt werde. Politische Termine würden, sobald sie bekannt seien, frühzeitig im Gremieninfoportal Session eingestellt, so dass Überschneidungen mit anderen Ausschüssen möglichst verhindert würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Arbeits- und Projektplanung 2024 zur Kenntnis.

9. Wohnraum für Menschen mit Behinderung **Vorlage: 038/24**

Herr Gausmann gibt an, dass er die Ergebnisse aus der Befragung an die potentiellen Träger der Wohnform für Menschen mit Behinderung mit Rücklaufende 15. Januar 2024 zur nächsten Sitzung zur Verfügung stellen werde.

Dann habe, wie in der Einwohnerfragestunde vorgebracht worden sei, ein Termin mit dem Caritasverband, drei Vertretern des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe als Eingliederungsträger und der Verwaltung stattgefunden. Es seien Konzeptfragen zur Finanzierung besprochen worden. Der LWL habe die Planungserlaubnis gegeben, unabhängig davon, welcher Träger es übernehmen werde, eine 24iger Wohnform für schwerst mehrfach behinderte Menschen zu errichten. Noch offene Fragen sollen im März 2024 final geklärt werden.

Die 16er Einheit für intensiv ambulant betreutes Wohnen habe der LWL ebenfalls zugesagt. Nach einer Konzeptvergabe für die Eschendorfer Aue würde sich abzeichnen, dass dort eine 16er Einheit entstehen könne. Die Verwaltung habe sich für diesen Investor entschieden, und das Investoren- und Trärgespräch werde heute stattfinden. Somit würde es an einem fehlenden Grundstück nicht mehr liegen.

Die Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe die Verwaltung noch nicht in Gänze beantworten können. Es gäbe neue Regelungen bei der Wohnbauförderung, so dass keine Küche mehr gebaut, sondern lediglich die Anschlüsse dafür gelegt werden müssten. Die Zinsen hätten im Dezember 2023 bei 4,5 bis 5 % gelegen und würden heute bei 3 bis 3,5 % liegen. Die Stiftung Wohlfahrtspflege würde neue Richtlinien herausgeben, wodurch Grundstückerwerbskosten gefördert werden könnten. Die Vorgabe, dass in einem Radius von 400 Metern keine andere Einrichtung, nicht einmal ein Kindergarten, vorhanden sein dürfe, wäre nicht mehr in Stein gemeißelt, so dass es weitere Möglichkeiten geben könnte. Bei so viel Bewegung könne er heute nur einen Zwischenstand mitteilen und er hoffe, im März 2024 in der einen oder anderen finalisierten Richtung detaillierter darauf eingehen zu können.

Herr Hewing äußert, dass es sei in Ordnung, dass die Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch nicht beantwortet worden seien. Wichtig sei, dass das Thema weiter auf der Tagesordnung gehalten werde.

Auf die erste Frage von Herrn Hewing antwortet Herr Gausmann, dass drei von vier Trägern den Fragenkatalog beantwortet hätten.

Auf seine weitere Frage, ob weitere Träger zu dem Gespräch mit dem LWL eingeladen worden seien, antwortet Herr Gausmann, dass der Caritasverband der Träger sei, der bis heute die stationären Angebote in Rheine vorhalten würde. Zudem würde er gemeinsam mit dem Verein Leben und Wohnen eine Beratungsstelle unterhalten, so dass er diesen Bereich mitberücksichtigen könne. Irgendwo habe man mit den Gesprächen anfangen müssen. Falls es weitere Interessen gebe, würde der Landschaftsverband auch dort aktiv werden.

Zu seiner dritten Frage, welche Entscheidungen noch offen seien, antwortet Herr Gausmann, dass die Städtebauförderung bei den Richtlinien noch nicht alle Standards festgelegt habe. Ebenfalls sei die Größenordnung der Förderung aus dem Städtebauförderministerium noch nicht geklärt. Heute gebe es die Enddebatte zur Beschlussfassung des Bundeshaushaltes. Davon sei abhängig, welche Fördermöglichkeiten für energetische Investitionen der Bundeshaushalt zur Verfügung stellen würde. Es gebe Mittel von der KfW-Bank (*Kreditanstalt für Wiederaufbau; eine deutsche Förderbank*). Neben den staatlichen Mittelbereitstellungen gäbe es die Stiftung Wohlfahrtspflege, die neben dem 400-Meter-Radius auch schauen würde, ob sie bei den Grundstücken weiterhin eine Förderung nach Quadratmetern anbieten oder zu einer Pro-Kopf-Förderung wechseln würde. All das habe zentrale Auswirkungen für eine Refinanzierung der Investitionen.

Eine eingliederungsbedingte Förderung der nicht abgedeckten Investitionskosten nach § 42 SGB XII, z. B. für ein Pflegebad, habe er beim LWL nicht durchsetzen können. Er halte es für die Reinvestition für wichtig und wolle mit dem LWL weiter im Gespräch bleiben.

Auf Bitte von Frau Dr. Hovestadt geht Herr Gausmann tiefergehend auf die Kann-Vorschrift des § 42 Abs. 3 und deren Zusammenhänge ein.

Die Verwaltung spreche regelmäßig mit den vor Ort tätigen Trägern, dem Wittekindshof, dem Caritasverband, der AWO und dem CeBeef. Die AWO habe derzeit keinen Ausbaubedarf formuliert. Es gebe auch Gespräche mit der Lebenshilfe und dem Deutschen Roten Kreuz, das im Kreis Steinfurt aber fast ausschließlich stationäre Einrichtungen im Rahmen des Autismus-Spektrum-Förderungsbereiches anbiete. Der Landschaftsverband habe selbst Einrichtungen im Kreis Steinfurt und führe auch Gespräche mit anderen Trägern.

In der Diskussion bedanken sich Herr Azevedo, Herr Hewing, Frau Lücke und Frau Dr. Hovestadt bei der Verwaltung für das über das zuständige Maß hinausgehende Engagement und bitten die Verwaltung, sich auch weiterhin einzusetzen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Thema Wohnraum für Menschen mit Behinderung zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem LWL im Gespräch zu bleiben und im Anschluss die Politik über den aktualisierten Planungsstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Stellenplan 2024 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 018/24**

Frau Dr. Hovestadt kommentiert, dass es der Verwaltung gelungen sei, trotz des vorgegebenen Sparbedarfes von 5 %, in den Fachbereichen keine der vom Sozialausschuss beschlossenen freiwilligen Aufgaben streichen zu müssen.

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und kommentiert abschließend, dass das Spardiktat des Verwaltungsvorstandes in diesem Stellenbereich eingehalten werde, da die zusätzlichen Aufgaben über effektive Arbeitseinsätze der Kolleginnen und Kollegen, ohne zusätzliche Stellen, abgebildet werden könnten.

Auf den Hinweis von Frau Floyd-Wenke gibt Herr Gausmann als Korrektur bekannt, dass alle in der Vorlage verwendeten jugendhilfespezifischen Wörter falsch seien und durch sozialspezifische Wörter ersetzt werden müssten. Es gehe bei dieser Vorlage ausschließlich um die Produktgruppe 24 des Sozialausschusses.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen, den als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 2 – Produktgruppe 24 – in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2024 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Stellenplan 2024, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84
Vorlage: 010/24**

Frau Gehrke erklärt, dass es zu dem Entwurf keine Änderungen gebe. Auf die Frage von Frau Lücke zu den befristeten Stellen (*unter TOP 10 vorgetragen*) antwortet sie, dass die Arbeitsauslastungen im Bereich Soziales und Integration Wellenbewegungen unterworfen seien. Mit diesen befristeten Stellen könne flexibel auf die Arbeitsspitzen reagiert werden. Die rechtlichen Vertragsanforderungen würden berücksichtigt. Teilweise seien die Befristungen im Sozialausschuss beschlossen worden, z. B. beim Hausmanagement der Mitte⁵¹.

Unter Ziffer 9 auf der Seite 2 der Vorlage sei die befristete Stelle „Sozialarbeiter/-in Fachstelle für Wohnraumsicherung“ aufgeführt. Die Verstetigung werde gleich in der übernächsten Vorlage zu den Haushaltsplanberatungen aufgezeigt. Die Fachstelle Wohnraumsicherung sei ein auf zwei Jahre landesfinanziertes Projekt gewesen. Insbesondere in den letzten Monaten habe sich der Beratungsbedarf immens erhöht auf über 100 Beratungsfälle. Im März 2024 werde die Verwaltung einen entsprechenden Sach- und Evaluationsbericht vorlegen. Die Wohnungslosenberichterstattung des Landes NRW würde von 78.000 wohnungslosen Menschen in NRW sprechen, was auf Rheine heruntergebrochen knapp 350 Menschen bedeute. Die konzeptionelle Ausrichtung einer Kooperation der Stadt und den freien Trägern in der aufsuchenden Arbeit sei sehr wichtig, um ein wirksames Case Management betreiben zu können. Die Betroffenen würden einfach nicht die zahlreichen Beratungsstellen finden, die das Hilfesystem biete oder sie hätten das Vertrauen oder den Mut verloren, sich an eine Beratungsstelle zu wenden. Die Fachstelle der Wohnraumsicherung stelle mit der aufsuchenden Arbeit den Kontakt her und leiste eine wichtige Lotsenfunktion zu den Beratungsstellen. Die Verwaltung würde sich über die Unterstützung der Fortführung freuen. Parallel prüfe die Verwaltung, ob es weitere Drittfinanzierungsmöglichkeiten gibt.

Der Bundestag habe am 19. Januar 2024 die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes beschlossen. Kernpunkt der Änderungen sei, dass die Einbürgerung bei vorliegenden Voraussetzungen statt bisher nach 8 Jahren schon nach 5 Jahren möglich werde. Im Jahr 2023 seien 482 Neuanträge zur Einbürgerung von Menschen eingegangen. Es werde davon ausgegangen, dass der Anteil um den 2,3-fachen Faktor steige. Die Verwaltung wolle zunächst warten, bis das Gesetz, vermutlich im April/Mai 2024, in Kraft trete. Um die entsprechende Beratungs- und Bearbeitungskompetenz dann vorhalten zu können, werde die Verwaltung unterjährig nachsteuern müssen.

Herr Meier äußert, dass er gehört habe, dass Menschen mit Behinderung, die ihren Lebensunterhalt nicht selber finanzieren könnten, aus der Einbürgerung herausfallen würden.

Frau Gehrke erwidert, dass sie die Aussage prüfen wolle.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 8 – Produktgruppen 81 – 84 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2024 zu übernehmen.
2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 8 – Produktgruppen 81 – 84,

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monaten / befristet bis
1	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten	1,0 / A9 LG 1.2	60 Monate / 31.12.2028
2	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten	1,0 / A9 LG 1.2 / EG 9a	12 Monate / 31.12.2024

3	Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten, Einbürgerungsangelegenheiten	1,0 / A9 LG 1.2	12 Monate / 31.12.2024
4	Sozialarbeiter/innen Fachbereich Soziales Migration und Integration	3,0 / SuE 12	24 Monate / 31.12.2025
5	Koordinierung des kommunalen Integrationsmanagements	1,0 / EG 10 / A11	12 Monate / 31.12.2024
6	Hausmeister im Team „Beratung und Begleitung von Zuwanderern“	1,0 / EG 5	24 Monate / 31.12.2024
7	Hausmanagement Mitte 51	0,5 / SuE 12	60 Monate / 31.12.2028
8	Hilfshausmeister in den sozialen Einrichtungen	1,0 / EG 2	60 Monate / 28.02.2025
9	Sozialarbeiter/in Fachstelle für Wohnraumsicherung	1,0 / SuE 12	36 Monate / 31.12.2026
Summe		10,5 Stellen	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Beratung Ergebnis- und Investitionsplanes 2024-2027 - Sonderbereich 2 - Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 019/24**

Herr Gausmann informiert, dass es hier ebenfalls keine Änderungen zum Haushaltsplanentwurf gebe. Im Bereich der Behindertenarbeit sei eine Einsparung von 20.000,00 Euro ermittelt worden, ohne dass es zu Einschränkungen im Leistungsspektrum kommen werde. Bereits im Haushaltsplanentwurf seien die barrierefreien Mittel, die jetzt im Sonderbereich 2 im Produkt der Behindertenarbeit angedockt seien, um 15.000,00 Euro erhöht worden, da in diesem Bereich eine größere Zielgruppe erwartet werde. Somit lägen die Mittel wieder bei 105.000,00 Euro, wie sie früher vor der Rücknahme der Beschlüsse aus „10 Mio. Euro in 10 Jahren“ gewesen seien. Städtische Neubauten würden nicht mit den barrierefreien Mitteln finanziert, sondern nur Renovierungen im städtischen Kontext. Zudem müsse die Verwaltung der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht werden.

Frau Lücke bemerkt, dass die Anzahl der Seniorenbegegnungsstätten über die nächsten Jahre hinweg konstant bei 11 bleibe. Bei dem zunehmenden demografischen Wandel frage sich die SPD-Fraktion, ob das für die Folgejahre nach 2024 schon ein gesetztes Ergebnis sei und ob dieses ausreichend wäre.

Ebenfalls sei bei den Transferaufwendungen der Wert für die Zuschüsse der freien Träger zur Beratung in den nächsten Jahren immer konstant. In anderen Bereichen seien Steigerungsraten vermerkt. Sie fragt, warum das hier nicht so sei.

Ihre dritte Frage ist, warum im Bereich Sozialplan Alter keine Gelder eingestellt worden seien. Wenn die Umsetzung der Pläne bezüglich Wohnen, Digitalisierung und Teilhabe anstehe, müssten Maßnahmengelder anfallen und im Haushalt Berücksichtigung finden.

Die SPD-Fraktion habe Interesse, in einer der nächsten Sitzungen in diesem Jahr, vielleicht im September 2024, zu erfahren, wie die aktuelle Zielplanung in diesem Bereich für die Stadt Rheine aussehe.

Herr Gausmann antwortet, dass die Kennzahl der Seniorenbegegnungsstätten aus dem alten Sozialbericht Senioren übernommen worden sei. Wenn sich ein neuer Seniorenclub bilde, würde dieser nach der klassischen Anerkennung als Seniorenbegegnungsstätte auch gefördert werden. Zum Haushalt 2025 könnten die Kennzahlen wahrscheinlich aktualisiert abgebildet werden.

Was die Förderung der Stellen betreffe, womit nicht nur die Förderung der hauptamtlichen Mitarbeitenden gemeint sei, sondern auch die Förderung der Seniorenreisen und dergleichen mehr, habe diese Haushaltsstelle in den letzten Jahren in einem stabilen Bereich unterhalb der zur Verfügung stehenden Mittel gelegen. Die 10 %ige Erhöhung im TVöD für die eine Mitarbeiterin könne in der Gesamtförderung kompensiert werden.

Das Thema „Inklusion“ stehe im September 2024 auf der Tagesordnung. Die Verwaltung sei derzeit dabei, den aktuellen Stand beim Aktionsplan Inklusion mit abzubilden.

Was die Frage der Finanzierung des Sozialberichtes Senioren betreffe, sehe er keine Investitionsmittel seitens dieses Ausschusses. Es stelle sich eher die Frage, wie mit den städtischen und den nicht städtischen Weiterbildungseinrichtungen die Aus- und Fortbildung zum Thema Digitalisierung der Seniorinnen und Senioren in den Budgets abgebildet werden könne.

Bei der Quartiersentwicklung seien die Aktivitäten, die die Seniorinnen und Senioren in den Quartieren machen würden, über die Fördergrundsätze abgebildet. Er sehe nicht primär die finanzielle Aufstockung, sondern eher die konzeptionelle Aufstockung mit den schon zur Verfügung stehenden Mitteln in den unterschiedlichen Bereichen. Er könne nicht ausschließen, dass die Verwaltung sich im Laufe des Jahres 2024 oder 2025 intensiver mit den Förderrichtlinien der Seniorenarbeit beschäftigen müsse. Jedoch könne er jetzt noch nicht daraus ableiten oder begründen, ob und wie viele Mittel dafür benötigt würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereichs 2, Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2024 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Beratung des Haushalts- und Investitionsplanes 2024 - 2027, FB 8 - Schulen, Soziales, Migration und Integration, PG 81 - 84 Vorlage: 011/24

Herr Gausmann trägt vor, dass die Verwaltung bis heute weder wisse, ob die 7.500,00 Euro Mittel des Bundes für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt würden, noch in welcher Höhe das Land diese Mittel aufstocken werde. Er halte es für eine fragwürdige Reaktion des Bundes und des Landes, zumal sie im Oktober letzten Jahres auf dem Flüchtlingsgipfel mitgeteilt hätten, dass

sie die Kommunen nicht allein lassen würden. Die Zahlen seien deshalb nur fortgeschrieben worden.

Frau Gehrke berichtet, dass, wie heute in der Presse gestanden habe, der Bundeskanzler mit den Regierungschefinnen und -chefs eine länderübergreifende Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und -bewerber beschlossen habe. Das Land NRW sei mit dabei, und es solle eine Ausschreibung für ein einheitliches System geben. Sie führt weiter in die Vorlage ein.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 8, Produktgruppe 81 – 84 mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2024 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Anfragen und Anregungen

Herr Theismann bezieht sich auf die Aussage von Herrn Gausmann zu dem Stichwort „Verwendung barrierefreie Mittel“, dass die Stadt Rheine auch Nichtstädtischen unter die Arme greifen müsse. Er fragt, ob es Spielregeln dazu geben würde und mit einer Flut von Anträgen zu rechnen sei.

Herr Gausmann antwortet, dass die Verwaltung sich mit den Spielregeln werde beschäftigen müssen. Die Verwaltung habe z. B. einen Teil der barrierefreien Mittel genutzt, um das Jugendheim St. Michael für die Nutzung der Offenen Jugendarbeit durch das Katholische Jugendwerk Rheine zu ermöglichen; zuvor sei es von der städtischen Wohnungsgesellschaft gekauft worden. Zudem habe die Verwaltung eine Hebebühne für den Kinderschutzbund bestellt, da es sich hier ebenfalls um ein städtisches Gebäude handle. Die barrierefreien Mittel seien in der Regel nicht für Spielplätze angedacht gewesen. Jetzt müsse sich die Verwaltung bezüglich barrierefreier Jugendarbeit mit barrierefreien Freizeitflächen beschäftigen. Das Ziel sei, die Barrierefreiheit hier nicht durch zusätzliche Mittel abzubilden, sondern von Beginn an mitzudenken, wie es bei Neubauten, mit Ausnahme der „Toilette für alle“ vorgegeben sei. Die Verantwortung solle in diesem Ausschuss verbleiben, um zielgerecht Prioritäten setzen zu können.

Ende öffentliche Sitzung: 18:48 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin